



**Unabhängige GewerkschafterInnen
im Öffentlichen Dienst
und Ausgegliederte**

UGÖD-Rundbrief

6/2016

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Wir feiern Jubiläum!



Heute, am 22. 6. 2016 ist unser Jahrestag der GÖD-Anerkennung! Ein Jahr ist es nun her, dass die GÖD das gerichtliche Urteil umsetzen musste und wir endlich einen Sitz im GÖD-Vorstand bekamen.

Ein Jahr aktive Demokratie! Ein Jahr aktiver Vorsitz in der GÖD, tatkräftige Mitbestimmung, endlich mehr Ressourcen und viel mehr Möglichkeiten!

Wir wollen euch allen daher unseren herzlichsten Dank aussprechen – weil ihr hier viel zu selten lobend erwähnt werdet! Danke, ihr Lieben! Danke für all euer Engagement und den grandiosen Zusammenhalt. Wir haben bereits viel erreicht, und noch viel mehr vor!

Danke für jede kostbare Minute, wenn ihr im passenden letzten Augenblick als einzige Rückgrat zeigt, wenn ihr euch einsetzt für Kurskorrekturen, gestrandete

KollegInnen und ein faires Arbeitsklima. Ja, und noch für viele 1000 weitere Dinge, über die wohl niemand groß ein Wort verlieren würde – aber wenn sie fehlen, trauern alle.

Es tut einfach gut, euch zu haben. Gemeinsam sind wir ein wundervolles Team, das noch viele weitere Pläne umsetzen kann und wird. :-)

Und es gibt wieder Neues:

Andreas Daniel ergänzt nun das kleine UGÖD-Sekretariat tatkräftig. Er entwirft seit diesem Jahr auch den Rundbrief, und hilft bei der Erstellung einer Info-Broschüre über die GÖD.

Falls ihr also von ihm in Zukunft Mails bekommt, dann ist das in Ordnung. Andreas macht in seiner Freizeit übrigens alternative Dokumentarfilme, mehr dazu auf Seite 3, und im Interview mit Yanis Varoufakis auf Seite 9.



Glück auf – für mehr Demokratie in der Arbeitswelt und mehr soziale Sicherheit!

Beate und Reinhart

- Seite 3 **Jubiläum: 1 Jahr Unabhängige in der GÖD!**
Eine Pressekonferenz am „Jubiläumstag“ 22. 6. 2016
- Filmportrait: Reinhart Sellners „Alltag“ in der GÖD: „Anerkannt und ausgesperrt“**
- Seite 4 **Europäische Gewerkschaften gemeinsam gegen EU-Austeritätspolitik!**
Europäische Gewerkschaften für Zukunftsinvestitionen
statt arbeitnehmerInnenfeindlicher EU-Budgetrichtlinien – und die GÖD?
- AK und UGÖD fordern: Musikschulen in die Ganztagschulen!**
- Seite 5 **Menschen mit besonderen Bedürfnissen: Gelockerter Kündigungsschutz wirkungslos**
- Schleppende Umsetzung der Barrierefreiheit**
- Seite 6 **Betriebsratswahlen an der BOKU**
- Solidarität mit den Streikenden in Frankreich**
Auch in Österreich: Konzerninteresse geht vor Staatspolitik (1)
- Seite 7 **14. Bundestag der GÖD-Bundesheergewerkschaft**
- UGÖD fordert 1.253€ Netto-Mindestlohn**
- Seite 8 **AHS: UGÖD von Koalition überstimmt**
- Bericht vom GÖD-Landeskongress OÖ**
UGÖD künftig mit 2 Sitzen im Landesvorstand vertreten!
- Seite 9 **Varoufakis: Europa muss demokratisiert werden, oder es wird zerbrechen**
Yanis Varoufakis war zu Gast in Wien. Wir von der UGÖD waren mit der Kamera dabei.
- AUGE/UG: CETA stoppen, Anwendung verhindern**
Jetzt ist es offiziell: Konzerninteresse geht vor Staatspolitik (2)
- Seite 10 **Eine Couch für die Polizei**
- Seite 11 **Kurz notiert**
- Join the Union – change the Union!**

Jubiläum: 1 Jahr Unabhängige in der GÖD!



UGÖD seit 22. 6. 2015 in der GÖD – eine Pressekonferenz zum Jubiläumstag

Nun ist es tatsächlich bereits 1 Jahr her, dass die GÖD uns Unabhängige in ihre Reihen aufnehmen musste! Anlässlich des Jubiläums gibt es daher heute, am „Jubiläumstag“ 22. 6. 2016, eine Pressekonferenz im Café Eiles (cafe-eiles.at). Da diese Ausgabe des UGÖD-Rundbriefs ebenfalls am selben Tag erscheint, werden wir in der nächsten Ausgabe über Erfolg und Ausgang der Pressekonferenz berichten.

Anlässlich des Jubiläums entstand auch ein Filmportrait über Reinhart Sellners „Alltag“ in der GÖD, das wir ebenfalls auf der Pressekonferenz präsentieren werden:



Filmportrait

Reinhart Sellners Alltag in der GÖD: „Anerkannt und ausgesperrt“



Reinhart Sellner zeigte unserem Kameramann Andreas anlässlich des UGÖD-Jubiläums, wie sein Arbeitstag hinter den Kulissen aussieht.

Doch was dann vor Ort passierte, war nicht geplant. Wir filmten flüchtende Mitarbeiter, verschlossene Türen und jede Menge völlig überrumpelte KollegInnen, die alle verzweifelt wissen wollten, ob Fritz eh davon wüsste...

Wir verraten nicht zu viel – seht einfach selbst:

„Anerkannt und ausgesperrt“ - der Film:

https://youtu.be/rPBfRuT5s_g

Europäische Gewerkschaften gemeinsam gegen EU-Austeritätspolitik!



ÖGB und EGB setzen Änderung der restriktiven Budgetpolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten auf die To-do-Liste 2016. GÖD-Spitze sieht derzeit keinen Handlungsbedarf. UGÖD bleibt dran.

Immer mehr Menschen sind von der restriktiven Budget- und Personalpolitik des Bundes massiv betroffen, immer mehr KollegInnen im öffentlichen Dienst und in den ausgegliederten Betrieben müssen an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit und in prekären Anstellungen arbeiten.

Weiterlesen:

<http://diealternative.org/ugod/2016/03/02/europaeische-gewerkschaften-gemeinsam-gegen-eu-austeritaetspolitik/>

AK und UGÖD fordern: Musikschulen in die Ganztagschulen!



Musische Bildung steht hoch im Kurs, doch die Musikschulen fristen ein Nischendasein. UGÖD und AK fordern daher, den Musikunterricht in die Ganztagschulen zu verlegen.

Doch Musikschulen haben harten Gegenwind, zu wenig Budget, keine einheitliche Regelung, und viele Musikschulen sind zudem schon komplett privatisiert.

Hier gäbe es für die Ganztagschulen die große Chance, gemeinsam mit den Musikschulen hochwertigen Instrumental- und Gesangsunterricht direkt im Haus anzubieten. Das spart hohe Kosten für Räume und MitarbeiterInnen. Den Kindern spart es Zeit und bringt gleichzeitig mehr Freizeit- und Ausbildungsmöglichkeiten.

Weiterlesen:

<http://diealternative.org/ugod/2016/06/14/musikschulen-in-die-ganztagschulen/>

Menschen mit besonderen Bedürfnissen: Gelockerter Kündigungsschutz wirkungslos



Unser Kollege Manfred Pacak berichtet über die BVP-Tagung des ÖGB am 8. März 2016.

Einstimmige Meinung war, dass der seit 1.1.2011 gelockerte (!) Kündigungsschutz Menschen mit besonderen Bedürfnissen (MmbB) bei der Integration in die Arbeitswelt überhaupt nichts gebracht hat.

Derzeit strebt vor allem die Wirtschaftskammer die Beseitigung des Kündigungsschutzes für MmbB an, dadurch käme es zu einer starken Benachteiligung zumindest aller neu beschäftigten MmbB. Ihr könnt sicher sein, dass die Gewerkschaften, Verbände und die UGÖD gegen derartige Bestrebungen kämpfen werden.

Weiterlesen:

<http://diealternative.org/ugod/2016/03/21/vp-tagung-2016-motto-herausforderung-inklusion/>

Schleppende Umsetzung der Barrierefreiheit



Seit dem Bundesbehinderten-Gleichstellungsgesetz (2006) und dem Beschluss der UN-Behinderten-Rechtskonvention (2010) hat sich im Bundes- und Landesbereich nur wenig in Sachen „Barrierefreiheit“ getan.

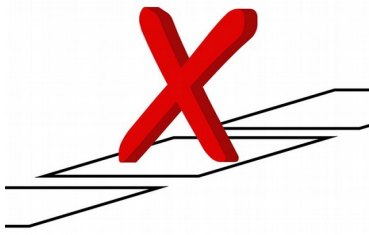
Österreich sollte mit Stichtag 1.1.2016 barrierefrei sein, doch es gibt eine Unzahl an Zumutbarkeitsregeln. Oft scheitert die Umsetzung sogar am Denkmalschutz. Der Bund hat die Frist bis 2020 verlängert, die Stadt Wien will sich sogar bis 2040 (!) dafür Zeit lassen.

Die GÖD findet es nicht einmal wert, einen aktiven Referenten für Behindertenfragen offiziell zu berufen.

Weiterlesen:

<http://diealternative.org/ugod/2016/05/10/schleppende-umsetzung-der-barrierefreiheit-2/>

Betriebsratswahlen an der BOKU



Bei den BR-Wahlen im April an der BOKU für das allgemeine Personal erreichte die WIR-UG wieder die absolute Mehrheit: 6 von 10 Mandaten!

Wir haben bei diesem Wahlkampf auf Plakate verzichtet und unseren MitarbeiterInnen auf 3 Postkarten unsere Informationen auf liebevolle Art und Weise übermittelt – die ersten beiden Karten wurden mit Frühstückskipferl und Schokolade persönlich überreicht.

Wir schaffen Vertrauen zwischen dem Betriebsrat und allen unseren KollegInnen, aber auch, dass sich immer mehr Vorgesetzte „öffnen“ können. Das bringt keine großen reißerischen Schlagzeilen, aber langfristig ein besseres Betriebsklima.

Erstmals werden auch einige neue Teammitglieder in der „WIR-UG“ mithelfen.

Die „WIR-UG´s“ freuen sich auf weitere 4 Jahre Betriebsratsarbeit für die MitarbeiterInnen der BOKU!

Weiterlesen:

<http://diealternative.org/ugod/2016/05/17/betriebsratswahlen-an-der-boku/>

Solidarität mit den Streikenden in Frankreich



Warum der Kampf der französischen Gewerkschaften unsere Solidarität verdient.

Konzerninteresse vor Staatspolitik (1)

Seit mehreren Wochen erlebt Frankreich die heftigste Streik- und Protestbewegung seit Mitte der neunziger Jahre. Laut Umfragen sympathisiert der Großteil der Bevölkerung mit den protestierenden ArbeitnehmerInnen.

Doch für Österreich haben die Neoliberalen in Wahrheit noch viel grausamere Kürzungen geplant.

Weiterlesen:

<http://diealternative.org/ugod/2016/06/03/warum-der-kampf-der-franzoesischen-gewerkschaften-unsere-solidaritaet-verdient-2/>

<http://auge.or.at/news-wien/1513-warum-der-kampf-der-franzoesischen-gewerkschaften-unsere-solidaritaet-verdient>

14. Bundestag der GÖD-Bundesheergewerkschaft



Ein erfreulicher 120/96/5-Bericht

Vorstehende Zahlen sind weder der Code zur Zerstörung der Welt noch die Zahlen für die nächste Lottoziehung. Sie sind der Beginn einer neuen Zeitrechnung für uns in der GÖD-Bundesheergewerkschaft.

Am 10. und 11. Mai 2016 fand der Bundestag der Bundesheergewerkschaft im Catamaran (ÖGB-Haus) in Wien statt. Von 120 geladenen Delegierten erschienen 96, davon fünf (5!) Delegierte von der UGÖD-BMLVS. Es war das erste Mal, dass die UGÖD-BMLVS eine Einladung erhalten hatte!

Das ist das Ergebnis eines langen Gerichtsprozesses, weil die GÖD unsere Wählerstimmen ignorieren wollte. Demokratie ist leider nicht selbstverständlich. Nun wird das Leben im GÖD-Dschungel ein wenig einfacher. Man bekommt einen Sitzungssaal zum Vorbereiten, und Getränke und Essen zur Verfügung gestellt. Und man darf Anträge einbringen. Von unseren zwei Anträgen wurde einer weitergeleitet und ein anderer (Gründung einer Landesleitung Wien) an die Bundesleitung (ÖBH-Gewerkschaft) verwiesen.

Alles in allem war es ein gelungenes erstes Mal. Wir werden daran arbeiten, dass wir nach den nächsten Personalvertretungswahlen mit mehr als fünf Delegierten teilnehmen können. (Ingo Hackl)

UGÖD fordert 1.253€ Netto-Mindestlohn



1.700€ brutto Mindestlohn für Vollzeitarbeit sind das Mindeste für ein selbstbestimmtes Leben, auch im öffentlichen Dienst und in den ausgegliederten Betrieben.

Reinhart Sellner brachte am 14. Dezember 2015 die vom ÖGB unterstützte GPAdjP-Kampagne in den GÖD-Vorstand und dazu den UGÖD-Vorschlag, auch die GÖD solle die Mindestlohnforderung stellen.

In der Februarsitzung gab es jedoch lediglich die Erklärung des Neugebauer-Stellvertreters Gloss, dass die Mindestlohnfrage nicht so wichtig sei, weil Arbeitsplätze gestrichen werden könnten.

Wir werden weiterhin und verstärkt für eine Anhebung niedriger Einkommen eintreten, aus **Solidarität aller KollegInnen des öffentlichen Dienstes**, insbesondere der KollegInnen, die auf Grund von Ausbildung und Dienstaltes besser verdienen und von mindestens 1.700 € brutto nicht selber profitieren.

Weiterlesen:

<http://diealternative.org/ugod/2016/03/02/ugod-fordert-1-253e-netto-mindestlohn/>

AHS: UGÖD von Koalition überstimmt



Die AHS ist anders: FCG macht FSG-Mann zum stv. Vorsitzenden, Kandidatur von UG-Frau (zweitstärkste Fraktion) vergebens

Die AHS-Gewerkschaft ist anders. Die UGÖD ist zwar im GÖD-Vorstand, im Frauenausschuss und vielen Bundesvertretungen akzeptiert – in der AHS-Gewerkschaft bestimmt jedoch immer noch FCG/ÖVP, die eine gemeinsame, sozial-integrative und individuell fördernde Schule verhindert. Die unabhängige, inzwischen zweitstärkste (!) Fraktion ÖLI-UG hält auch am Bundestag dagegen.

Weil jedoch der FSG-Vorsitzende (drittstärkste AHS-Fraktion!) der FCG bislang treu ergeben war, wird er von den FCG-Delegierten für weitere fünf Jahre zum stv. Vorsitzenden der AHS-Gewerkschaft gewählt. Die zweitstärkste Fraktion wären jedoch wir. Die von der ÖLI-UG für den stv. Vorsitz nominierte Ursula Göttl wird nur als einfaches Leitungsmitglied geduldet. Damit gibt es weiter drei Vorsitzende - männlich. Weil es so ist, wird's so nicht bleiben.

Bericht vom GÖD-Landeskongress OÖ



Neugebauer verlangt Abkehr von Sparprogrammen

Weil bis zum Jahr 2026 die Hälfte (!) der öffentlich Bediensteten in Pension gehen werden, fordert GÖD-Landesvorsitzender Csar beim GÖD-Landeskongress in Linz eine „zeitgerechte Nachbesetzung“. Fritz Neugebauer verlangt deshalb eine Trendumkehr in der Personalpolitik im Bundesdienst. Die strikte Nichtnachbesetzung von Planstellen habe dazu geführt, dass „in manchen Bereichen eine ganze Generation fehle“. Neugebauer verlangt eine „vorausschauende Personalplanung“.

Dazu kommentierte Reinhart Sellner auf Facebook:

Gut Ding braucht Eile. Fritz Neugebauer hat beim Landeskongress der GÖD OÖ in Linz die Trendumkehr in der Personalpolitik gefordert – Nachbesetzen statt Nichtnachbesetzen und Auslagern. Der GÖD-Vorsitzende Neugebauer hat damit unsere UGÖD-Forderungen bestätigt.

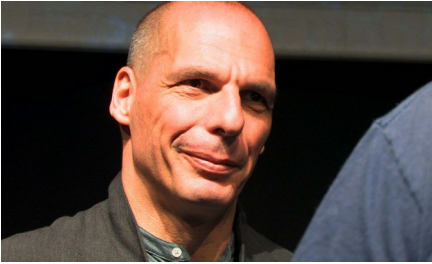
Schluss mit Personalabbau, prekären Arbeitsverhältnissen und immer mehr Arbeit für immer weniger Bedienstete! Stattdessen Zukunftsinvestition in Bildung, Gesundheit und öffentliche Bedienstete.

Neugebauer ließ leider unerwähnt: Vermögensbezogene Steuergerechtigkeit, die längst überfällige Mobilisierung gegen die restriktive Budgetpolitik der Bundesregierung gegen Personalabbau, Ausgliederungen, Auslagerung von Tätigkeiten und die ständige Mehrbelastung der KollegInnen.

Wir unabhängigen GewerkschafterInnen in Dienststellen und Betrieben werden ihn, seine FCG und den Koalitionspartner FSG auf allen Ebenen der GÖD daran erinnern. Frei nach Erich Kästner: Es gibt nichts Gutes, außer wir tun es. Gemeinsam, illusionslos optimistisch, mit frohem Mut.

Weiterlesen: <http://www.oeliug.at/>

Varoufakis: Europa muss demokratisiert werden, oder es wird zerbrechen.



„Wir haben die moralische Verpflichtung, zusammenzuhalten, um gemeinsam den Schaden zu minimieren“

Yanis Varoufakis war zu Gast in Wien. Wir von der UGÖD waren mit der Kamera dabei.

Der griechische Wirtschaftsexperte nimmt kein Blatt mehr vor den Mund. „Europa macht dicht. Und zwar nicht nur, wenn es um Geflüchtete geht. Die Stimmung in Europa ist von politischer und geistiger Abschottung nach innen und außen geprägt. Darum muss die EU entweder demokratisiert werden - oder sie wird zerfallen.“

Yanis Varoufakis im Gespräch (englisch):

<https://www.youtube.com/watch?v=uzNrSG97bxE>

Weiterlesen:

<http://www.neopresse.com/europa/europa-muss-demokratisiert-werden-oder-es-wird-zerbrechen/>

AUGE/UG: CETA stoppen, Anwendung verhindern



Seit Februar diesen Jahres liegt der Text des von der EU-Kommission und der Kanadischen Regierung verhandelten Freihandelsabkommens (CETA) offiziell auf dem Tisch.

Konzerninteresse vor Staatspolitik (2)

CETA enthält ein Investitionsschutzkapitel: Es legt fest, welche Pflichten (!) sich die Staaten auferlegen und welche (Klage-)Rechte den Investoren (Unternehmen) gegeben werden.

In anderen Worten: Konzerne sollen Staaten (!) vor privaten Gerichten klagen können. Dies hat einen Sturm an Protesten ausgelöst, an dem sich zahlreiche NGOs und GewerkschafterInnen beteiligt haben.

Weiterlesen:

<http://auge.or.at/news-wien/1494-auge-ug-ceta-stoppen,-vorläufige-anwendung-verhindern>

Eine Couch für die Polizei



Wiko4you / UGÖD spendete Gartengarnitur für Polizeibalkon

Die Wählergruppe Wiko4you war wieder mit tatkräftiger Hilfe zur Stelle, auf deren Ansuchen hat die Ugöd-BMLVS (www.ugod-bmlvs.at) der Kantine der Polizeiinspektion St. Veit/Glan einen Scheck über 262,49 € übermittelt, mit dem eine Sitzgarnitur bezahlt werden konnte.

Sichtbar erfreut zeigen sich am obigen Foto: Alfred Supanz (Mitglied des Gewerkschaftlichen Betriebsausschusses im Bezirk St. Veit/Glan), Sascha Maier und Helmut Gassler (die beiden Kantineure der PI St. Veit/Glan), Herbert Wieser und Alexander Kogler (die beiden Initiatoren der Wählergruppe WIKO4YOU).

Wir wünschen euch viel Spaß mit der neuen Sitzgarnitur!
Alexander, Herbert, Jörg und Alfred



Kurz notiert:



AKUT: Die GÖD Vorarlberg erkennt die UGÖD immer noch nicht als Fraktion an – wir bleiben weiter dran.

AKUT: Der Kollektivvertrag der Bundesmuseen und der Österreichischen Nationalbibliothek wird weiter verzögert. Auf Drängen der GÖD und des BKA gründete die gesetzlich verankerte DirektorInnenkonferenz eine Arbeitsgruppe zur Bewertung des KV-Entwurfes der freiwilligen BetriebsrätInnenkonferenz, mit einer Stellungnahme ist voraussichtlich in Jahresfrist zu rechnen.

✓ **Höhere Bemessungsgrundlage bei Urlaubs-Ersatzleistung: Ab sofort werden auch Sonderzahlungen aliquot zur Bemessungsgrundlage hinzugerechnet. Urlaubsersatzleistungen, die vor Kundmachung der**

Dienstrechts-Novelle 2016 bemessen wurden, werden nicht amtswegig, sondern auf Antrag neu bemessen.

AKUT: FCG und FSG sehen trotz Personalabbau, Ausgliederung von Betrieben, trotz Leihfirmen, steigender Belastung und hoher Gesamt-Arbeitslosigkeit keine Notwendigkeit für gewerkschaftliche Aktionen. Wir halten dagegen.

Join the Union – change the Union!



Dabei sein genügt nicht! Die größte Mitgliederwerbekampagne in der Geschichte des ÖGB hat im Jänner begonnen.

Der Slogan „Dabei sein macht stark“ ist uns nicht stark genug.

Wir unterstützen die Werbeaktion der ÖGB-Gewerkschaften und der GÖD, meinen aber, dass bloßes Dabeisein nicht genügt, wenn es um ArbeitnehmerInnen und ihre Interessen geht.

Mitglied werden:

<https://goed.at/meine-mitgliedschaft/mitglied-werden/>

<http://diealternative.org/ugoed/2016/03/02/join-the-union-change-the-union/>

<http://www.soli.at>

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Bundesleitung der UGÖD
Belvederegasse 10/1
A-1040 Wien
Fax: (01) 505 19 52-22
email: office@ugoed.org

Vorsitzende: Beate Neunteufel-Zechner, Reinhart Sellner

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 2: Medieninhaber (Verleger) sind die Unabhängigen Gewerkschafter/innen im Öffentlichen Dienst (UGÖD). Die UGÖD ist ein eingetragener Verein (ZVR-Zahl 126495968).

§25, Absatz 4: Die Blattlinie entspricht den Vereinszielen der UGÖD gemäß Vereinsstatut.

Verweise und Links: Die UGÖD hat keinerlei Kontrolle über die Websites Dritter und die dort angebotenen Informationen, Waren oder Dienstleistungen. Die UGÖD übernimmt daher keinerlei Verantwortung, aus welchem Rechtsgrund auch immer, für den Inhalt der Websites Dritter.